

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich
www.nfoe.at
04-06/2008 / Nr. 21

Ja zu Österreich – in Frieden und Freiheit



Liebe Leser!

Der Lissabon-Vertrag ist nun doch im Parlament beschlossen worden und sogar Bundespräsident Dr. Fischer, unser Verfassungshüter (?) hat seine Unterschrift unter ein Vertragswerk gesetzt, das **„dem österreichischen Volk den Rest seiner Souveränität und Demokratie nimmt.“** So empfinden das die einfachen Bürger und ihr Gefühl täuscht sie selten.

Eine Frage würde ich gerne mit Sicherheit beantworten können. Warum weigerten sich ca. 85 Prozent aller Abgeordneten beharrlich, den Wünschen einer Bevölkerungsmehrheit zu entsprechen?

Eine Erklärung könnte der Nobelpreisträger Günter Grass liefern. In seiner Rede „Freiheit nach Börsenmaß“, gehalten im Mai 2005, beschreibt er einen beklagenswerten Zustand des deutschen Parlaments: *„...Mithin entscheidet das Parlament nicht mehr souverän. Es ist von den mächtigen Wirtschaftsverbänden, den Banken und Konzernen abhängig, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen. So macht sich der Gesetzgeber zum*

Gespött. So missrät das Parlament zur Filiale der Börse.“

Scheint diese beklagenswerte Analyse nicht ebenso auf das österreichische Parlament zuzutreffen? Ich meine, ja. Insofern liegt es nahe, dass die Bürger darauf **mit einer Klage** reagieren sollen. Und sie ist **bereits in Ausarbeitung.**



Mit dem Lissabon-Vertrag will die EU den Österreichern Ketten anlegen, freilich unter tatkräftiger Mithilfe österreichischer Politiker.

Diese Ketten müssen wir sprengen!

Für diese heikle Aufgabe hat die Plattform **„JA ZU ÖSTERREICH – NEIN ZUR EU“** jenen Rechtsexperten mit der größten Erfahrung und Courage(!), Univ.-Prof. Dr. Karl A. Schachtschneider gewinnen können.

Wie vielen Lesern wahrscheinlich bekannt, hat er die EU bereits mehrmals auf dem Klagsweg in die Schranken gewiesen – z.B. durfte nach seiner Verfassungsbeschwerde im Mai 2005

der deutsche Bundespräsident Köhler den „EU-Verfassungsvertrag“ nicht mehr unterzeichnen.

Es sind nun folgende Schritte vorgesehen. Zuerst wird Professor Schachtschneider (als Verfahrensbevollmächtigter) eine Verfassungsklage gegen den EU-Vertrag von Lissabon beim deutschen VfGH in Karlsruhe im Auftrag des CSU-Abgeordneten Dr. Peter Gauweiler am 23. Mai einreichen.

Eine dem österreichischen Recht entsprechende Klageschrift (ca. 350 Seiten) **folgt dann im Juni.** Sie wird einer österreichischen Rechtsanwaltskanzlei zur Einreichung beim Verfassungsgerichtshof zur Verfügung gestellt.

Inhaltlich sind folgende **Schwerpunkte** vorgesehen:

- Zustimmung und Ratifizierung des Lissabon-Vertrages für „nichtig zu erklären“,
- Begründung der Verpflichtung auf Volksabstimmung darüber,

Inhalt:

- Ja zu Österreich-Klage.....Seite 1/2
- Demo-BerichtSeite 2
- Allianz Ö - CHSeite 3
- Global-ProfitureSeite 4
- Landtagswahl - TirolSeite 4
- Vorläufiger Vertrag ratifiziertSeite 5
- Politik ohne GewissenSeite 5
- Positives, ErfreulichesSeite 5/6
- Informativs-Abende „Lebensmittel-Verteuerung“ in Salzburg und WienSeite 6
- Impressum.....Seite 6

● Begründung der Verfassungswidrigkeit der gesamten Integrationsentwicklung.

Die Kläger sind ein unabhängiges **Personenkomitee**, bestehend aus Experten sowie Vertretern verschiedenster Bürgerrechts-Organisationen wie z.B. Neutrales Freies Österreich (NFÖ), Initiative Heimat und Umwelt (IHU), Initiative für mehr direkte Demokratie, Antigentechnik-Plattform Pro-Leben u.a.m.,.

Alle diese Organisationen haben sich in der obengenannten Plattform zusammengeschlossen um den **Widerstand gegen ein Inkraft-Treten des Lissabon-Vertrages**, aber auch gegen sonstige Bedrohungen durch die EU und ihrer Erfüllungsgehilfen, fortzusetzen. Auf der letzten Seite unserer Nachrichten finden Sie, sehr geschätzte Leserin, lieber Leser die Einladung zu den ersten gemeinsamen Informationsveranstaltungen der Plattform-Organisationen.

Nicht zuletzt möchte ich im Namen aller Organisationen, die zum Gelingen der eindrucksvollen Demonstration am 29. März d.J. in Wien beigetragen haben, sowie allen Helfern sehr herzlich danken!

Ganz zum Schluß sei mir noch erlaubt, die finanzielle Bitte anzufügen. **Wir können nur mit Ihrer Hilfe die Verfassungsklage bewältigen. Wir wollen für Österreich das Möglichste tun!** Bitte beteiligen Sie sich an unserer Bausteinaktion – wie auf dem beigelegten Erlagschein angegeben – nach Ihrem Ermessen.

Ihr Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bundesobmann

*Warum versucht man
ganz Europa
mit Hilfe der EU
gleichzuschalten?*

*Weil sich Einfaltleichter
in Profit
umwandeln läßt als
Vielfalt.*

Leserbriefschreiber, Steiermark, unbek.

Herzlichen Dank an alle, die bei der Demo dabei waren!

Recht herzlichen Dank an alle, die bei der Demonstration am 29. März mitgeholfen haben, von nah und weit angereist sind und mitgegangen sind. Mein Eindruck war, daß diese Kundgebung - entgegen vieler Pressemeldungen - eine sehr friedliche, ja fast schon feierliche war. Die paar Randfiguren, die wir nicht eingeladen hatten, fielen gar nicht auf. Es war für mich eine sehr positive Erfahrung und ich bin stolz, dabeigewesen zu sein. (Veronika Lindinger, Stellv. Bundesobfrau)



Wien, 29.3.2008:
Sehr disziplinierte Teilnehmer auf der Kundgebung am Stephansplatz



ORF-Kameralente waren auf der Groß-Demo ständig im Einsatz, mit entsprechenden Erwartungen im Publikum. Was gesendet werden darf oder soll, entscheidet jedoch die Regie.

Die Demo-Berichte waren – wie befürchtet – tendenziös unausgewogen und unobjektiv, typisch „Österreichischer Regierungsfunk“.

Wird „Rettet Österreich“ Österreich wirklich retten?

Die große Demonstration in Wien – Stephansplatz am 29. März 2008 wurde von der Plattform „Neutralität retten: Nein zum EU-Vertrag“ geplant und organisiert.

Unter der Federführung der **NFÖ** sollte sich – neben anderen Organisationen wie IHU, Direkte Demokratie, ProLeben, DCP etc. – auch die Initiative „Rettet Österreich“ (RÖ) an der Planung und Ausführung beteiligen.

Es wurden gemeinsame Aktivitäten mit rund 2.500 Euro budgetiert (Büh-

ne, Technik, gemeinsames Transparent, etc.). Zusätzlich haben die einzelnen Plattform-Teilnehmer unterschiedlich hohe finanzielle Ausgaben für die Bewerbung der Veranstaltung geleistet.

Sokönnen Gesamtkosten von sieben bis zehntausend Euro angenommen werden. Weiters waren noch sehr viele freiwillige Helfer im Einsatz. Das Ergebnis dieser Bemühungen war eine eindrucksvolle Demonstration des Wunsches der Bevölkerung

nach einer Volksabstimmung über den Reformvertrag mit einer Teilnehmerzahl in der Größenordnung von 20.000 Menschen.

RÖ gab durch ihren Sprecher eine bescheidene Kostenbeitragszusage über 100 Euro ab, sammelte auch während der Veranstaltung Spenden und hat sich bis heute nicht an den oben angeführten gemeinsamen Kosten beteiligt.

Davor und danach gab es weitere Demonstrationen und Mahnwachen deren Teilnehmerzahl weit hinter jener am 29. 3. zurückblieb. Zwei Kundgebungen wurde von RÖ unter massiver Unterstützung der Kronenzeitung organisiert. Dankenswerterweise hat die Kronenzeitung auch „unsere“ Demonstration beworben und damit einen Beitrag zur großen Teilnehmerzahl geleistet.

Vertreter der Wiener NFÖ-Gruppe nahmen auch an den folgenden Demonstrationen teil. Allerdings wurde der NFÖ eine Verwendung des EU-Austritts-Transparentes mit

Polizeiandrohung untersagt. Anscheinend glaubt die Initiative RÖ die Europäische Union reformieren zu können oder sie verfolgen uns unbekannte Ziele.

Für die NFÖ gilt der Austritt aus der EU als jene Option, **die Österreich wirklich retten kann**. Das umso mehr, als mit Inkrafttreten des EU-Vertrags von Lissabon direkt-demokratische Entscheidungsmöglichkeiten der österreichischen Bevölkerung in EU-Fragen nicht mehr zugestanden werden.

Aufgrund der angesprochenen Erfahrungen kann der NFÖ nur empfohlen werden, in Hinkunft auf eine Kooperation mit der Initiative RÖ zu verzichten.

Dr. Fritz Garhofer, NFÖ-Wien

Eine ausführliche Stellungnahme der Plattform „Ja zu Österreich – Nein zur EU“ zu Vorkommnissen und Erfahrungen im Rahmen der Demo am 29. März kann auf der Internet-Seite der NFÖ nachgelesen werden. (www.nfoe.at)

Allianz Österreich – Schweiz

Die von einem steirischen Gymnasiasten gezeichnete Europameisterschafts-Briefmarke verdeutlicht die Realität: „Österreich und Schweiz wollen gemeinsam ein Stück des Weges gehen“ – wenngleich nur auf sportlicher Ebene.

Warum sollte die von vielen Gesinnungsfreunden vorausgedachte politische Perspektive einer Zusammenarbeit der beiden neutralen Länder nicht Wirklichkeit werden können?

In der EFTA hatte die wirtschaftliche Allianz reibungsfrei und zur Zufriedenheit der Bürger beider Staaten funktioniert! (se)



*Schweiz-
Österreich
Briefmarke
2008*

Pläne der Global-Profiteure

Helmut Schramm, Landesobmann Wien



*Helmut Schramm,
Wien*

Wir erleben derzeit eine Entwicklung in Richtung eines Weltstaates unter der Führung der USA. Der Weltbürger soll sich keiner Nation mehr angehörig fühlen. Weltweit werden Grenzen niedergedrückt, alles dereguliert. Regionale, nationale oder eigenkulturelle und auch religiöse Schranken sollen gebrochen werden. So die Pläne der Profiteure.

Aber es wird nicht so laufen, weil es ist ohne Demokratie kein Frieden und keine gerechte Aufteilung des „Kuchens“ möglich. Ein gutes Beispiel ist die Rentenfrage. Wenn die Menschen immer weniger werden in Nordeuropa, aber die Wirtschaft immer mehr Gewinne macht, müsste doch eigentlich auch mehr für die Rentner da sein.

Der Kuchen wird eben nicht gerecht aufgeteilt. Sonst würde das staatliche Umverteilungssystem genügen und man bräuchte keine privaten Versicherer, die sowieso keine Sicherheit bedeuten. Ein Weltstaat kann nur unter einer zentralen Regierung mit Gewalt zusammengehalten werden. Eine Konzentrierung der Macht bedeutet eine Diktatur.

„Der Wunsch nach einer Reformierung der EU ist so realitätsbezogen, wie wenn ein Vegetarier meint, er müsse mit seinen Freunden Mitglied bei der Fleischhauerinnung sein um diese von innen heraus zu reformieren, damit sich diese endlich für weniger Fleischkonsum einsetzen wird“.



Landtagswahl 2008

Geplant war ein Antreten der Liste „Nein zur EU“ (NFÖ) in allen Wahlkreisen (Bezirken). Um die notwendige Anzahl von Unterstützungen zu erhalten – mehr als dreimal so viel wie zu den Nationalratswahlen! – fuhren Standbetreuer insgesamt 24 Mal in die Bezirke und informierten die Passanten über unsere Kandidatur-Absichten, bei jedem Wetter (Schneefall in Reutte ausgenommen).

Nach etwa zwei Wochen war absehbar, dass in drei Bezirken, Innsbruck-Stadt, Innsbruck-Land und Imst, die beglaubigten Unterstützungserklärungen erreichbar sind. Sicherlich jedoch würden sie nicht in allen Bezirken rechtzeitig eintreffen. Betreuer aus Tirol, zusammen mit Freunden aus Salzburg, Wien und der Steiermark hatten noch bis zuletzt gekämpft, aber ohne den gewünschten Erfolg. Ein Antreten wäre zwar möglich gewesen, aber der Landesvorstand hatte schon im Voraus entschieden, nur bei vollständiger Unterstützung in allen Bezirken, die Wahlvorschläge einzureichen.

Eine entscheidende Ursache für unser erfolgloses Kandidieren ist vor allem im vorgezogenen Wahltermin zu suchen und der damit zusammenhängenden Überschneidung mit der Groß-Demonstration am 29. 3. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die NFÖ als verantwortliche Organisatorin alle Hände voll zu tun und erst danach – mit zwei Wochen Verspätung gegenüber den anderen wahlwerbenden Gruppen – konnte sich die Tiroler Landesgruppe den Wahlkandidatur-Aufgaben zuwenden.

*Was man nicht
aufgibt,
hat man nie verloren.*

Friedrich Schiller

Nun stehen viele Tiroler Sympathisanten am 8. Juni vor einer schwierigen Entscheidung. **Welcher Liste sollen sie ihre Stimme geben?**

Wir wollen keine Partei namentlich empfehlen, möchten allerdings auf die politische Verantwortung für viele

unerfreuliche Zustände im Land Tirol hinweisen. Schwarz und Rot haben regiert und hätten die Letztverantwortung zu tragen (steht zwar am Papier, aber es findet sich heutzutage anscheinend kein regierender Politiker mehr, der jenen Charakter hätte, zurückzutreten, wenn er selbst oder seine ihm unterstellten Beamten „Mist bauen“).

Die Grünen haben sich sehr stark den Kommunisten angenähert, also bleiben nur noch die FPÖ, die Dinkhauser-Liste und die „Christen“.

Jede dieser drei Gruppierungen haben wünschenswerte Zielsetzungen und auch welche, die wir nicht gutheißen können oder es fehlen Standpunkte zu wesentliche Themen. Allerdings, **jede dieser drei Listen besser wählbar** als die ÖVP, SPÖ oder die Grünen.

Im Namen des Tiroler Landesvorstandes soll an dieser Stelle allen Helfern, Unterstützerinnen und den Betreuern von Info-Ständen noch einmal ganz **herzlich gedankt werden**. Sogar aus Wien, der Steiermark und aus Salzburg haben die Tiroler tatkräftige Hilfe erhalten. Diese länderübergreifende Zusammenarbeit bewirkte viel Positives und gibt uns zusätzlichen Auftrieb für weitere Aktivitäten und zukünftige Projekte. (fk)

WUSSTEN SIE . . . ?

Vorläufige Version des EU-Vertrages beschlossen

Der Nationalrat hat am 9. April 2008 eine vorläufige und „unlesbare“ (so BM Plassnik zu Recht) Version des Reformvertrages genehmigt, dessen endgültiger Text erst eine Woche nach dem Genehmigungsbeschluss vom Rat der EU bekanntgegeben wurde. (Quelle: Der Standard 25.4.2008)

Die NFÖ hält diese Vorgehensweise für gesetzlich äußerst bedenklich. Dem Völkerrechtsexperte Prof. Manfred Rotter, Universität Linz, ist es zu verdanken, dass wir darüber Kenntnis erlangten.

Politik ohne Gewissen

In einem Leserbrief vom 10. 4. 2004 an die Kronenzeitung schrieb Lotte Ingrisch, Schriftstellerin und Stiefmutter von Caspar Einem (auszugsweise):

„...Nach Kreiskys Tod ist Heinz Fischer der geheime Chef der SPÖ, ein alle Fäden ziehender Marionettenspieler ... ohne seinen Willen fällt gewissermaßen kein Haar vom Haupt der Partei ... Er wusste alles und ohne ihn geschah nichts. Er trug zwar die Verantwortung, doch übernahm er sie nie. So konnte er in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, fair und gerecht über den Dingen zu stehen. Dieser Eindruck ist falsch. Ich weiß, daß ich mir mit diesem Brief schaden werde und ich bitte Caspar Einem, den ich aufrichtig lieb habe, um Verzeihung. Aber es muß endlich gesagt werden: Heinz Fischer ist Politik ohne Gewissen!“

(Quelle: Gemeindegurrier – Großgemeinde Leobendorf, April 2004)

Kyoto-Ziele für Schweiz erreichbar



Die Schweiz wird die Kyoto-Ziele erreichen, Österreich ist weit davon entfernt. Die Schweiz will für Österreich aber kein Lehrmeister sein, sagt Infrastruktur- und Umweltminister Moritz Leuenberger auf dem Klimagipfel.

Unser westlicher Nachbar habe schon in der Vergangenheit viel in den Ausbau

der Bahn investiert, er habe einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr wegen der Kleinräumigkeit des Landes. Historisch und politisch sei man bevorzugt...außerdem ist die Schweiz nicht in der EU, das zeigt sich vor allem im Umgang mit dem Transitverkehr: **Das habe zur Folge, dass die Schweiz eine kilometerabhängige Lkw-Maut einführen konnte, die es erlaubt,**

dass zwei Drittel des Verkehrs auf die Schiene ausweicht.

Grundsätzlich sind Österreich und die Schweiz in Klimafragen nur begrenzt vergleichbar, meint Leuenberger. Die Schweiz muss die Treibhausgase bis 2012 um 8 Prozent senken im Vergleich zu 1990, Österreich um 13 Prozent. (ORF.at, 17.4.2008)

Wieder Grenzkontrollen in Italien?

Italiens Innenminister Roberto Maroni will wieder Grenzkontrollen einführen. Damit will er die illegale Einwanderung und Kriminalität in den Griff bekommen. Die Wiedereinführung richtet sich vor allem gegen rumänische Einwanderer und Roma aus Osteuropa.

Laut Medienberichten will Roberto Maroni dafür Italiens Verpflichtung nach dem Schengen-Abkommen für ein passfreies Reisen in Europa **aussetzen**. Diesen Vorschlag möchte der Innenminister kommende Woche als Teil eines Gesetzkpakets dem Kabinett in Rom vorstellen.

Rumänien gehört seit 2007 zur EU, ist aber nicht Teil des Schengenraums.

Italienische Behörden kritisieren, dass Rumänen dennoch ohne Passkontrollen die Nachbarländer nach Italien passieren können.

(Quelle: www.diepresse.com, 11. 5. 2008)

Den österreichischen Regierungspolitikern wäre zu empfehlen, sich ein Beispiel an Italien zu nehmen

und sich nicht hinter geschönten Statistiken zu verstecken um einer Rüge aus Brüssel zu entgehen.

Im Übrigen, das oft falsch zitierte „passfreie Reisen“ im Schengenraum ist ungesetzlich. Im EU-Ausland muß ein Pass oder ein Personalausweis mitgeführt werden.

Österreich, bleib doch neutral und werde nicht EU-feudal und auch nicht neoliberal, du weißt doch, Kriege sind fatal !

NFÖ-Team Wien

Plötzliche Versöhnung

Die Regierungen von Kolumbien, Ecuador und Venezuela haben ihren Streit um die Farc-Rebellen für die Weltöffentlichkeit überraschend beigelegt.

Auf einem Gipfeltreffen in Santo Domingo am 7. März 2008 erklärten Präsident Chávez (Venezuela), Präsident Rafael Correa (Ecuador) und Präsident Alvaro Uribe (Kolumbien) die Krise offiziell für beendet. Von einem Augenblick zum nächsten **reichten sich die Streithähne die Hände**, lächelten sich freundschaftlich zu und verkündeten, ihre Beziehungskrise sei beendet.

Die Versöhnung wurde möglich, nachdem alle Seiten bei dem Gipfeltreffen mit Vertretern von 19 Staaten Latein-

amerikas ihre jeweiligen Standpunkte dargelegt hatten. Dabei waren die alten Positionen zunächst unversöhnlich aufeinandergeprallt. Versöhnlich wurde die Atmosphäre erst ganz zum Ende des Treffens, als Uribe die Gründe für den Militärschlag darlegte und mit einer Entschuldigung den ersten Schritt tat.

Das hatte zur Folge, dass sich auch der venezolanische Präsident Chavez für eine friedliche Beilegung des Streits stark machte. Noch sei Zeit, einen Sog der Krise zu beenden, den wir alle bereuen könnten, sagte Chavez. „Wir wollen den Frieden, wir wollen alles tun, was wir können, um in Frieden miteinander zu leben.“

(Quelle: Spiegel online 7.3.2008)



Uribe, Correa, Chavez (v.l.)
(Elobservatodo.cl)

Diese Art einen möglicherweise eskalierenden Konflikt blitzschnell zu lösen, ist wohl nur in den sogenannten rückständigen Ländern möglich. In den USA und in der EU gilt das Prinzip des „Stärke zeigen“ und des Nicht-Nachgebens, gepaart mit dem Risiko eines Kriegsausbruches.

Einladung

Informations- und Diskussionsabend zum Thema: „Die wahren Ursachen für die Verteuerung der Lebensmittel“

Es sprechen:

Prof. Dr. Eberhard Hamer, Hannover

Finanzwissenschaftler, Rechtsanwalt, Forstwirt

Dr. Gernot Kubasta, Euratsfeld/NÖ

NÖ-Landesobmann d. Unabhängigen Bauernverbandes (ÖUBV)

Richard Leopold Tomasch, St. Michael/Ktn.

Sprecher der Anti-Gentechnik-Plattform ProLeben

Diskussionsleitung:

Inge Rauscher, IHU und Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli, NFÖ

Seekirchen

am Wallersee

Gasthof zur Post, Hauptstr. 19

Tel. 06212-2229-0

Mittwoch, 18. 6. 2008

Beginn 19.30 Uhr

Wien

Kolpinghaus - Wien Zentral

6. Bezirk, Stiegengasse 10,

Ecke Gumpendorferstraße

Donnerstag, 19. 6. 2008

Beginn 19.00 Uhr

Veranstalter:

Überparteiliche Plattform „Ja zu Österreich – Nein zur EU“

(Initiative Heimat und Umwelt, Neutrales Freies Österreich,

Initiative f. mehr direkte Demokratie, Anti-Gentechnik-Plattform ProLeben)

In eigener Sache

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte!

Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären.

Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.

Bitte Adressenänderung frühzeitig bekanntgeben